



## GKV-Ausgaben: Atempause

Annähernd 2,5 Milliarden Euro Überschuß im 1. Halbjahr 2004 verzeichnen die Krankenkassen laut Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums. Damit wird der Vorjahresverlust von 2 Milliarden Euro im selben Zeitraum mehr als ausgeglichen. Im Detail hat sich die Ausgabenentwicklung im Vorjahresvergleich insbesondere bei den Arzneimitteln spürbar positiv auf die Kassenlage ausgewirkt. Auch die Zahnbehandlung ist im konservierend-chirurgischen Bereich mit 2,2 Prozent rückläufig.

Einen „Ausreißer“ bildet hier lediglich die Zunahme von Zahnersatzleistungen, die in den östlichen Bundesländern signifikant um über 8 Prozent gewachsen ist. Dies erscheint nur auf den ersten Blick überraschend. Zum einen ist dort noch immer ein vereinigungsbedingter Nachholbedarf bei der Zahnversorgung zu verzeichnen. Zum anderen ist im Osten – aufgrund hoher Arbeitslosenquote und niedriger Einkommen – die Zahl der 100-Prozentversicherungen „auf Kasse“ um ein Vielfaches höher als im Westen. hg

## PKV profitiert von GKV

Die Privaten Krankenversicherer (PKV) sehen den jüngst vorgelegten Zahlenbericht 2003/2004 mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Der Zuwachs an Neuversicherten mit 2,4 Prozent fiel deutlich geringer aus als noch im Vorjahr. Die Gründe liegen hauptsächlich in der außerordentlichen An-

hebung der Versicherungspflichtgrenze zum 1. Januar 2003. Insgesamt waren damit Ende 2003 8,11 Millionen und Ende Juni 2004 8,19 Millionen Personen privat vollversichert. Durch das GKV-Moderenisierungsgesetz boomte jedoch die private Zusatzversicherung. Im Jahr 2003 bestanden 14,7 Millionen Verträge (2002: 14,2 Millionen). Bis zum Ende 2004 ist mit einem Versi-

cherungsbestand von etwa 8,3 Millionen Personen (2002: 7,7 Millionen) bei deutlich über 15 Millionen Verträgen zu rechnen.

Die Beitragseinnahmen insgesamt stiegen im Jahr 2003 um 7,19 Prozent auf 24,74 Milliarden Euro. Zum Jahresende 2004 wird mit einer Steigerung von 6,9 Prozent gerechnet.

Die Leistungsausgaben in der Krankenversicherung stiegen im Vergleich zu den Vorjahren in 2003 in geringerem Umfang, nämlich um 569,5 Millionen Euro bzw. 3,87 Prozent (2002: 5,66 Prozent) auf 15,292 Milliarden Euro.

ik/PKV

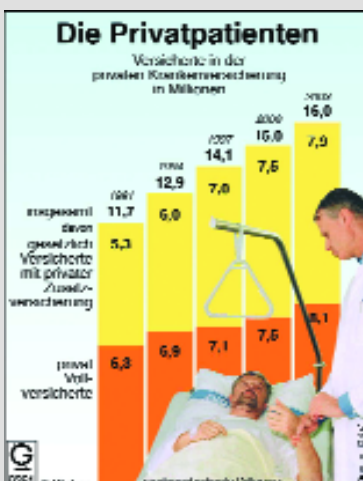
## Patientenbeauftragte: In der Warteschleife

„Alle Anfragen werden beantwortet!“ Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung, *Helga Kühn-Mengel*, hat allen Grund, diese Aussage mit Fakten zu belegen. Denn ratsuchende Bürger müssen offenbar monatelang darauf warten, bis ihre Fragen zur Gesundheitsreform zur Kenntnis genommen werden. Laut Auskunft der verantwortlichen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, *Marion Caspers-Merk*, war die Briefflut mit teilweise sehr komplexen Anfragen bis September bereits auf über 10.000 Sendungen angewachsen, von denen noch immer ein gutes Drittel auf Antwort wartet.

Wer per E-Mail anfragt, hat bessere Chancen. Auf diesem Weg sind immerhin „knapp 99,6 Prozent“ in irgendeiner Form abgearbeitet. Trotz vermehrter Rügen von Bundestagsabgeordneten, sieht sich das Ministerium offenbar aufgrund Personalmangels nicht in der Lage, den Informationshunger schneller zu stillen, denn die Patientenbeauftragte sei „nicht nur Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger“, so die kryptische Entschuldigung. hg/dgd

## Deutschland 2020: Wohlfahrtsstaat abgebaut

Der Sozialstaat ist am Ende, Selbstverantwortung und Leistung prägen die Zukunft, so die aktuelle Studie „Deutschland 2020. Wie wir morgen leben“ des BAT-Freizeitforschungsinstituts, Hamburg, in der 2.000 Bürger nach





ihrer Vision von Deutschland im Jahr 2020 befragt wurden.

Die Untersuchung des von Prof. Dr. Horst W. Opaschowski geleiteten Instituts kommt zu folgenden Prognosen: „Der Sozialstaat kippt“, dieser Aussage stimmen 43 Prozent zu. Außerdem stellt sich die Bevölkerung auf ein allgemein sinkendes Wohlstandsniveau ein. Die Bürger sehen aber auch, daß eine neue Ära der Selbstverantwortung bevorsteht: Wenn es um Rente, Schutz vor Krankheit und Pflegebedürftigkeit geht, vertrauen die Menschen nicht mehr auf den Staat.

Die neue Generation hat immer mehr Lust auf Leistung. „Anerkennung verdient, wer im Leben etwas leistet“, dieser Aussage stimmen heute 42 Prozent der jungen Leute zu (1986 waren es nur 34 Prozent), Tendenz steigend. Ein sich vollziehender Wertewandel ist ebenso deutlich spürbar: Nicht mehr materielle Güter, sondern mehr Zeit fürs Leben wünschen sich die Bürger in Zukunft. Ganz oben auf der Liste: mehr Zeit für die Familie (51 %), Muße (50 %), Hobbys (44 %), Freunde (43 %). ik

.....

### *Krankenkassen-Beiträge nicht im Lot*

Die Gemündener Ersatzkasse (GEK) hat rückwirkend zum 1. Oktober gegen den Widerstand des Bundesversicherungsamts (BVA), aber mit dem Segen des Sozialgerichts Ulm, ihren Beitragssatz von 13,9 auf 13,5 Prozent abgesenkt.

Nicht überall ist das möglich, wie zum Beispiel der Schuldenstand der AOK Berlin mit 973 Euro pro Mitglied zeigt (Stand 31.12.2003). Anteilig der größte Schuldenmacher ist allerdings die BKK für Heilberufe, deren Versicherte nominal mit 989 Euro in der Kreide stehen.

Dennoch werden die Krankenkassen derzeit von Ulla Schmidt massiv unter Druck gesetzt, die in diesem Jahr angeblich aufgelaufenen Gewinne – allein der BKK-Verband rechnet für die ersten sechs Monate mit 503 Millionen Überschuß – unmittelbar in Beitragssenkungen umzumünzen. Nur die GEK darf das nach dem Willen der Aufsicht offenbar nicht. Obwohl dort der Schuldenberg mit 150 Euro pro Mitglied überschaubar bleibt, hat das

BVA eine weitergehende Beitragsabsenkung zum 1. Mai 2004 bzw. ab Januar 2005 ebenfalls mit dem eingangs erwähnten Gerichtsentscheid unterbunden. Das Bundesversicherungsamt ist unmittelbar dem Bundesministerium für Gesundheit unterstellt. hg/pag

.....

### *Eckpunkte festgezurr: Präventionsgesetz kommt*

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe einigte sich im Oktober über die „Eckpunkte für ein Präventionsgesetz“. Also steht fest: Die Bundesgesundheitsministerin hat sich beim Präventionsgesetz und der damit verbundenen Stiftung durchgesetzt. Gleichzeitig kann sie mit den Geldern der Sozialversicherungsträger die bundeseigene Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Köln-Porz mit neuen Aufgaben versehen. Die Länder erhalten ein Mitspracherecht und fanden in der Prävention ein neues Bestätigungsgebiet für ihren Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).

Die finanzielle Hauptlast liegt – wie von den Föderalisten geplant – bei den Sozialversicherungsträgern. Die zeigen sich von der Einigung der Politik wenig erbaut, da ihnen nur ein begrenztes Mitspracherecht eingeräumt wird. Öffentliche Stellungnahmen gab es keine. Vermutlich will man den Gesetzentwurf abwarten. ik / dfg

.....

### *OECD-Gesundheitsdaten 2004*

Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist in Deutschland in der Zeit von 1997 bis 2002 nur gering, und zwar von 10,7 auf 10,9 Prozent gestiegen. Damit liegt Deutschland wie bereits im Vorjahr auf Platz drei hinter den USA mit 14,5 Prozent und der Schweiz mit 11,2 Prozent.

Diese Zahlen nennen die OECD-Gesundheitsdaten 2004, die umfassendste Quelle für Statistiken in den 30 Mitgliedsländern der OECD. Die OECD-Gesundheitsdaten ermöglichen vergleichende Analysen der nationalen Gesundheitssysteme und entsprechende Schlußfolgerungen. ik / a+s aktuell